

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Sinkflug des Rentenniveaus stoppen!

Eins ist UNSICHER: Ihre Rente

Kürzlich hat Sozialministerin Nahles (SPD) ihren „Alterssicherungsbericht“ vorgelegt. Darin gibt sie zu: Ohne Gegensteuerung fällt das Rentenniveau bis 2045 auf etwa 41 Prozent eines Durchschnittsverdienstes – 2004 waren es noch 53 Prozent.

Ver.di-Chef Frank Bsirske rechnet vor: Beschäftigte, geboren 1964, mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto würden nach 40 Arbeitsjahren eine Rente von 786 Euro erhalten. Da aber jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2012 weniger als 2.500 Euro verdient hat, rechnet er mit 11-12 Mio. Personen in Altersarmut, eine „soziale Zeitbombe“. Schon zwischen 2003 und 2015 hat sich die Zahl der BezieherInnen von Grundsicherung im Alter – wenn die Rente nicht für den Grundbedarf ausreicht – auf über 530.000 Personen verdoppelt. Dabei ist die Altersarmut vor allem weiblich: Weil Frauen wegen Kindererziehung, Teilzeitarbeit und schlechterer Bezahlung als Männer benachteiligt sind, beträgt ihre Altersrente im Durchschnitt 618 Euro, die der Männer 1.037 Euro. Deshalb müssen Frauen auch viel häufiger die Grundsicherung beantragen.

Der „Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg“ spricht von einer „realen Rentenniveauabsenkung“ und stellt fest: „2012 bestand für 19,1% der älteren Frauen (rund 220.000 Personen) und 14,6% der älteren Männer (rund 135.000 Personen) in Baden-Württemberg ein Armutsrisiko.“



Nur gute Renten sind super!

Politisch gewollt: Altersarmut und Rentensenkung

Die drastische Zunahme der Altersarmut ist Folge der Rot-Grünen „Rentenreformen“. Um die Profite der Unter-

nehmer und ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, beschloss die Bundesregierung erst die Absenkung des Rentenniveaus um 20 Prozent, dann die Einführung der Riesterreute, die vollständige Besteuerung der Renten bis 2040 und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Deutschland ist Exportweltmeister und zahlt die höchsten DAX-Gewinne seit je aus, 30 Milliarden Euro. Aber die Raffgier geht weiter. Junge Union, Schäuble und Jens Spahn (CDU) trommeln zusammen mit den Unternehmen vehement für höhere Beiträge und ein Eintrittsalter von mindestens 70 Jahren.

Schon jetzt ist nur noch jeder Sechste mit 64 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, weil Stress krank macht und kaum einer noch so lange durchhält. Besonders zynisch: Die Niedriglöhner, die jeden Cent zum Leben brauchen, sollen mehr in eine zusätzliche Altersvorsorge einzahlen.

Übrigens: 2013 betrug die Durchschnittsrente in Österreich 1.560 Euro (in Deutschland 1.050 Euro) und wurde 14 mal im Jahr gezahlt. Bisher sind die Unternehmer nicht pleite gegangen,

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 am Ende? - Bahnchef Grube schmeißt hin Seite 3

Fake News postfaktisch analysiert Seite 5

Demokratie täglich verteidigen Seite 7

Abgefüllt & Abgezockt Seite 9

Deutschland rüstet Kindersoldaten auf Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

weil die RentnerInnen die Binnenkonjunktur beflügelt haben!

Schäuble verhätschelt Konzerne

Finanzminister Schäuble ist nie verlegen, ein neues Märchen zu erfinden, um die Profite der Unternehmen zu sichern, denn jedes Prozent weniger für die Unternehmen bei der „paritätischen“ Rentenversicherung spart ihnen fünf Milliarden Euro und erhöht die Aktiengewinne! Jetzt will er das Renteneintrittsalter an die wachsende Lebenserwartung „koppeln“. Je höher die Lebenserwartung, desto später die Rentenzahlung. Hans-Jürgen Urban (Sozialexperte der IG-Metall) kritisiert das als offenen Betrug, weil das Rentenkürzung bedeutet. Gemeinsam wollen Nahles und Schäuble eine „Lebensleistungsrente“, die aber mindestens 40 Beitragsjahre voraussetzt. Richtig wäre: Die Rentenhöhe an die steigende Produktivität der Arbeit zu koppeln, denn schließlich hängen die Kosten für Ausbildung, Gesundheit, Löhne und ein würdiges Leben im Alter ab von dem, was die Beschäftigten erarbeiten, sind also Teil des wachsenden Bruttosozialprodukts.



Aber das würde die Profite schmälern. Nahles fordert angeblich „Haltelinien“ gegen den Abstieg in die Altersarmut, durch höhere Beiträge und „flexiblen“ Eintritt in die Rente. Ihr Tübinger Parteigenosse Martin Rosemann (SPD) will durch höheren Zuverdienst bis 6.300 Euro jährlich die unbeliebte 'Flexi-Rente' populär machen.

Altersarmut ist Kehrseite des Niedriglohns

Nahles und Schäuble verschweigen eine entscheidende Ursache der wachsenden Altersarmut: die drastische Zunahme des Niedriglohnssektors durch die Hartz-Gesetze, das Rekordhoch von 960.000 Leiharbeitern und Werkverträge mit befristeter Beschäftigung. „Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende haben große Lücken in der Erwerbsbiografie“, so Urban (IG-Metall). Gerade sie können nicht „riestern“, sondern brauchen einen Mindestlohn von 12 Euro, damit sie eine Rente über der Grundsicherung erhalten. **Die solidarische Mindestrente von 1.050 Euro ist Bedingung für ein Leben in Würde, genauso wie dasselbe Rentenniveau in Ost und West.** Damit das finanziert wird, muss die Rente wieder paritätisch von Beschäftigten UND Unternehmen bezahlt werden. In die gesetzliche Rentenversicherung müssen alle Erwerbstätigen

ein zahlen, auch Politiker, Selbstständige und Beamte.

**Statt
Flaschen
sammeln:
1050 Euro
Mindestrente!**
DIE LINKE.

www.100-Prozent-sozial.de

DIE LINKE vertritt deshalb: **Ein Mindestlohn von 12 Euro und eine armutssichere Rente von 1.050 Euro sind zwei Seiten derselben Medaille.**



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Unterrichtsausfall: Harscher Elternprotest

Die höchste Interessenvertretung der Eltern, der Landeselternbeirat, hat einen massiven Unterrichtsausfall an den Schulen in Baden-Württemberg beklagt. Nicht einmal der Pflichtunterricht ist gesichert, so der Landesvorsitzende Carsten Rees: „Die Eltern lassen sich das nicht mehr bieten. Die Politiker sagen uns: Wir haben kein Geld für die Bildung. Das müssen wir jetzt als Lüge bezeichnen.“

Er warf Kultusministerin Eisenmann vor, für die Unterrichtsversorgung nur Stichproben erhoben zu haben, aber keine genauen Zahlen für das gesamte Jahr vorzulegen. Um ihre 'schwarze

Null' zu verteidigen, wollen Kretschmann und Sitzmann (Grüne) 500 Lehrerstellen streichen, und das bei völlig ungenügender Lehrerreserve für Erkrankungen, Schwangerschaften usw.

Mit ihrem Angriff auf den Rechtsschreibunterricht an Grundschulen will Eisenmann (CDU), die ehemalige Büroleiterin von Günter Oettinger, offensichtlich von eigenen Fehlern ablenken: „Statt sich in die Arbeit der pädagogischen Profis mit wenig Sachverstand einzumischen, sollte sie lieber die Schulen ordentlich ausstatten. Die Grundschulen erhalten zum Beispiel als einzige Schulart keine Poolstunden

für zusätzliche Angebote wie Förderunterricht,“ so die GEW-Vorsitzende Doro Moritz. Offensichtlich kenne Eisenmann nicht einmal den neuen Bildungsplan für Grundschulen, Empfehlungen der Kultusministerkonferenz und Forschungsergebnisse zur Rechtschreibung.

Gegen die grün-schwarze Politik der „Lügen und geschönten Statistiken“ bereitet der Landeselternbeirat deshalb einen 'Winter des Missvergnügens' vor. Dabei wird ihn DIE LINKE unterstützen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Bahnchef Grube schmeißt hin

Stuttgart 21 am Ende?

Paukenschlag im Berliner Bahntower – Bahnchef Grube wirft das Handtuch. Dass er gehen sollte bzw. sein Vertrag nicht verlängert werden sollte, war ja schon seit längerem bekannt, denn er war beim Bahn-Aufsichtsrat u. a. wegen Stuttgart 21 in Ungnade gefallen.

Am liebsten wäre Grube noch für weitere fünf Jahre in seinem „Traumjob“ geblieben, aber das machte der Aufsichtsrat nicht mit, der ihm zunächst nur drei Jahre in Aussicht stellte. Dafür war Grube sogar bereit, auf eine zehnprozentige Erhöhung seiner millionenschweren Bezüge sowie eine Abfindung zu verzichten. Aber bei der Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Januar wollte man ihm nur noch zwei Jahre zubilligen. Für Grube war das gegen die Absprache, er kündigte fristlos und verließ noch am selben Tag seinen Arbeitsplatz.

In einem Rundschreiben an die Bahn-Mitarbeiter verabschiedet er sich mit den Worten: „Ich komme vom Bauernhof, da habe ich gelernt, was Geradlinigkeit und zu seinem Wort zu stehen bedeuten.“ Und weiter: „Ich habe mit großer Leidenschaft und Freude dieses Unternehmen geführt.“

Diesen selbstlobenden Tugenden eines „ehrbaren Hamburger Kaufmanns“ stehen „Sieben Todsünden“ gegenüber, die der Verkehrswissenschaftler Winfried Wolf in der Kontext-Wochenzeitung beschreibt, nämlich fortgesetzte Abkehr vom Brot- und -Buttergeschäft, Neubelebung des Projekts Bahnprivatisierung, Verschärfung der Krise des Personenfernverkehrs, Einstellung des Nachtzugverkehrs, fortgesetzter Niedergang der Schieneninfrastruktur, Überlebenskampf der Güterbahn und natürlich Stuttgart 21.

Der Aufsichtsratschef der Deutschen Bahn, Utz-Helmuth Felcht, spricht von „bleibenden Verdiensten“ für die Zukunftssicherung des Konzerns. Dabei ist nicht zu erkennen, wofür Grube zu danken ist. Er hat nur das Zerstörungswerk der vorausgegangenen Konzernchefs Heinz Dürr und Hartmut Mehdorn fortgesetzt, was einer gewissen Logik nicht entbehrt, denn alle drei stammen aus der Daimler-Ka-

derschmiede. Richtig ist, dass Grube meist ein Lächeln begleitete, was ihn von seinem grimmesichtigen Vorgänger unterschied. Grube war schlicht die bislang beste Bahn-Abrissbirne.

In Wirklichkeit jedoch ging es bei Grubes Rücktritt nicht nur um die Vertragsverlängerung. Die Bundestagsab-



geordnete Sabine Leidig (Linke) nennt dies so: „Tatsächlich dürfte der Grund des Rücktritts Stuttgart 21 gewesen sein. Bei dem Projekt brennt es an allen Enden, und der Aufsichtsrat vertagt das Thema nun schon seit Monaten; die von Grube geforderte Erhöhung des Kostenrahmens ist damit höchst unsicher. Er hat sich ganz offensichtlich verspekuliert“.

Das NGO-Bündnis „Bahn für Alle“ vermutet, dass das Megaprojekt „Stuttgart 21“, der mindestens 6,5 Milliarden Euro teure Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs in eine Mega-U-Bahn-Station, auf der Kippe steht, und Grube dafür nicht die Verantwortung übernehmen wolle. Ein Bericht der Beratungsgesellschaft KPMG für den DB-Aufsichtsrat zeige, „dass S21 nicht beherrschbar ist“.

Die CDU-Landtagsfraktion, darunter die Scharfmacherin Nicole Razavi, bedauert natürlich den Rücktritt, und selbst der grüne Verkehrsminister Hermann sieht dadurch „keine Auswirkungen auf Stuttgart 21“, denn der Bahn-Aufsichtsrat habe vor drei Jahren mit großer Mehrheit beschlossen, das Projekt trotz erheblicher Kostensteigerungen weiterzuführen.

Selbst den Bahn-Aufsichtsrat traf der Grube-Rücktritt völlig unerwartet, der nun den Posten möglichst zeitnah neu besetzen möchte. Der Nachfolger sollte aber ein Bahn-Experte und kein Auto- oder Luftfahrtmanager bzw. Politiker sein. Auch Sabine Leidig (**DIE LINKE**) fordert nach den für die Bahn kontraproduktiven Mehdorn- und

Grube-Jahren endlich eine Person mit echtem Eisenbahn-Sachverstand, deren erste Amtshandlung es sein muss, Stuttgart 21 zu stoppen, um weiteren Schaden von der Bahn abzuwenden.

Wer die Nachfolge letztlich antritt, ist derzeit noch völlig offen, dennoch gibt es einige Bewerber. Bisher galt der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla als Kronprinz, dessen „Verdienst“ es ist, auf Anordnung von Kanzlerin Merkel Stuttgart 21 auf kriminelle Weise durchgedrückt zu haben, obwohl das Projekt 2013 eigentlich wegen Unwirtschaftlichkeit hätte gestoppt werden müssen. Bislang hieß es, dass Pofalla zwar Anwärter für die Nachfolge von Grube sei, aber eben noch nicht reif für den Job, denn er müsse dafür erst „aufgebaut“ werden. Ein führender Verkehrspolitiker in Berlin bringt es auf den Punkt: „Für Pofalla ist es richtig dumm gelaufen“. Wenn jetzt ein externer Kandidat zum Bahnchef gekürt werde, könne Pofalla seine Hoffnung auf den Chefposten für die nächsten fünf Jahre begraben.

Offensichtlich hat auch die SPD bei der Neubesetzung ein Wörtchen mitzureden, wobei der neue SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Schulz nicht gerade ein Freund von Pofalla ist.

Wer auch immer Grubes Nachfolge antreten wird, eines ist sicher: Mit Stuttgart 21 wird es so nicht weiter gehen können wie bisher. Bei den Projekt-Verantwortlichen wird ein Umdenken einsetzen. Eine Alternative wurde bereits auf den Weg gebracht. Mit „Umstieg 21“ wurde ein Konzept entwickelt, welches den Kopfbahnhof erhält und aus der bisherigen Misere das Beste macht.

Deshalb wollen wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Reichtum umverteilen - ein gerechtes Land für alle!

Diesen Aufruf tragen inzwischen mehr als 35 Organisationen auf Bundesebene

Wir können ein besseres und gerechtes Land für alle schaffen, die hier leben. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor, wir müssen ihn endlich vernünftig verteilen und gerecht einsetzen.

Doch seit Jahrzehnten nehmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerech-

tum und Macht konzentrieren sich in immer weniger Händen. In der Politik dominieren die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen. Hier liegen die Ursachen der sozialen und politischen Spaltungen und Probleme. An den Missständen in diesem Land sind nicht die Armen, die Erwerbslosen oder die Schutzsuchenden schuld.

- bedarfsdeckende Finanzausstattung besonders der hoch belasteten und verschuldeten Städte und Gemeinden.

Mit mehr Steuergerechtigkeit können wir das finanzieren! Die große Mehrheit der Bevölkerung wird dadurch nicht belastet, sondern wird davon profitieren:



tigkeit zu. Die Einkommen der Beschäftigten sind weit hinter der Entwicklung der Gewinne und Vermögenseinkommen zurückgeblieben. Millionen Menschen sind von Erwerbslosigkeit oder Armut trotz Arbeit betroffen. Viele Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Zugewanderte und andere Gruppen geraten immer mehr ins Abseits.

Bund, Länder und Gemeinden haben zu wenig investiert und viel Personal abgebaut. Öffentliche und soziale Leistungen wurden gekürzt, das Rentenniveau befindet sich im Sinkflug und in vielen Städten wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Viele Menschen fürchten, dass sie dabei verlieren werden. All dies erschwert auch die solidarische Aufnahme und Integration der Menschen, die Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen.

Zugleich wurden Steuern auf große Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne gesenkt und Kapitalmärkte entfesselt. Viele große Konzerne drücken sich notorisch vor der Steuer. Reich-

Wir brauchen eine neue, gerechtere Politik:

- bessere soziale Absicherung und stärkere Rechte der Beschäftigten, der kleinen Selbstständigen, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Kinder und Familien, der Menschen mit Behinderung und der Schutzsuchenden;
- mehr öffentliche Investitionen und mehr Personal, für Infrastruktur, Kindereinrichtungen, Schulen und Hochschulen, Gesundheitswesen und Pflege, Kultur, Jugend und Sport, soziale und Arbeitsmarkt-Integration;
- ökologisch nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung und einen sozial verträglichen ökologischen Umbau;
- Bereitstellung und Bau von ausreichend bezahlbaren Wohnungen;

- Finanzstarke Unternehmen und Reiche müssen wieder höhere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten;
- sehr hohe Einkommen sind stärker zu besteuern; Kapitalerträge dürfen nicht privilegiert werden;
- Steuerbetrug muss bekämpft und Steuerschlupflöcher müssen beseitigt werden, in Deutschland, der EU und weltweit;
- eine Vermögenssteuer und eine reformierte Erbschaftssteuer müssen die Millionäre und Milliardäre angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen und soziale Ungleichheit abbauen.

Im Internet kann der Aufruf auf der Homepage „Reichtum umverteilen“ unterzeichnet werden.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Fake News postfaktisch analysiert

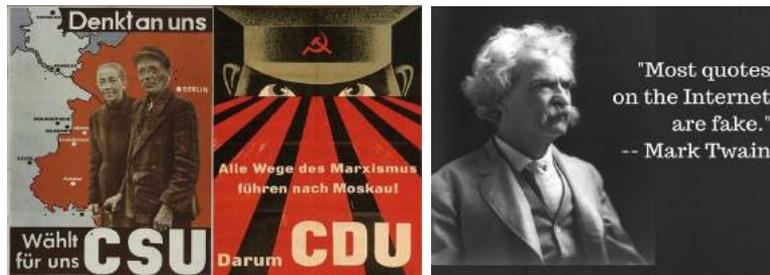
Das ist der neue Kampfbegriff unserer Zeit: Fake News. Klar, Lügen gab es schon früher. Doch das Phänomen beinhaltet mehr als nur die Lüge oder Falschmeldungen.

Wenn der US Präsident Trump, einem Journalisten der New York Times den Mund verbietet mit den Worten „You are Fake News“, ist das eine klare Aussage. Und wenn ein bekannter amerikanischer Neonazi erklärt, man könne statt Fake News auch das deutsche Original „Lügenpresse“ verwenden, so wissen zumindest wir Deutschen, was damit genau gemeint ist. Nein, es geht hier nicht um Lügen oder Falschmeldungen in der Presse. Wer Fake News sagt, möchte die Glaubwürdigkeit der Gegenseite zerstören.

Objektiv betrachtet ist es völlig egal ob der Pegida-Mob auf der Strasse „Lügenpresse halt die Presse“ ruft oder ARD und ZDF vor Fake News und den damit verbundenen Gefahren für die Demokratie warnen. Dumm nur, dass Fake News, wenn sie gut gemacht sind, nicht nur Lügen enthalten. Wie die Priese Salz in der Suppe gehört natürlich auch ein Fünkchen Wahrheit dazu. Z.B. bei der Kampagne um Sähra Wagenknecht und ihre angebliche Nähe zur AfD. Hier reicht es schon wenn aus einem Gespräch Teile entfernt oder diese aus dem Zusammenhang gerissen werden. Im Kern läuft diese Argumentation mit der AfD-Nähe auf ein immer gleiches Schema hinaus, so Wagenknecht: "Die Linke kritisiert Merkels Politik. Die AfD kritisiert Merkels Politik. Also ist die Linke AfD-nah." Wer nicht wolle, dass dieses Argument gegen ihn verwendet werde, der müsse sich bemühen, seine Merkel-Kritik so zahm, zurückhaltend und unscheinbar zu formulieren, dass sie kaum noch als solche erkennbar sei, schreibt Wagenknecht, die in diesem Vorgehen ein Ziel sieht: Die Linke solle in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden. Es ist traurig zu sehen, wie unsere Me-

dienlandschaft mit dieser Thematik umgeht. Statt sich selbstkritisch damit zu befassen, wird genau das gleiche Lied gesungen. Nun kann sich der informierte Bürger ein ARD-Spezial über Fake News anschauen und erlebt auf dem Bildschirm, was an skurilen Fake News so durchs Netz geht.

Flüchtlinge urinieren gegen eine Kirche, Hillary Clinton leitet einen Kinderporno-Ring usw. Hier werden diejenigen für blöd erklärt, die so was glauben. Bravo ARD! Da wäre ich von



Wahlwerbung, Aufklärung oder Fake?

selbst nicht drauf gekommen. Im Grunde sehen wir hier nur die Zuspitzung dessen, was es schon immer gab: Propaganda. Und wenn wundert es wirklich, dass sich das Staatsfernsehen (wie sich die Öffentlich-Rechtlichen ja gar nicht gerne nennen) und die großen Medienkonzerne an der Propaganda für Staat und Kapital beteiligen.

Ich habe kürzlich eine Studie zur Glaubwürdigkeit der Tagesschau gelesen. Die ist bei den deutschen Bürgern seit 50 Jahren unverändert. Die meisten stehen den Medien wie der Tagesschau sehr skeptisch gegenüber. Das war den Medien auch 50 Jahre lang recht herzlich egal. Es gab ja keine bedeutende Konkurrenz. Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, als Youtube, Twitter und Facebook am Podest der Medienhoheit rüttelten. Schaut man sich mal an, wie viele Menschen wirklich „ausschließlich“ neue Medien als Nachrichtenquelle nutzen, kann kaum von einer Gefahr für die Demokratie die Rede sein.

Die Gefahr für unsere Demokratie lauert an ganz anderer Stelle. Nämlich in der Forderung, gerade diese Fake

News rechtlich und technisch zu bekämpfen. Neuestes Beispiel sind die Grünen Wahlkampfregeln. Kennen Sie nicht? Ok, hier in Kürze. Sie fordern ein Verbot von Social Bots. Diese Meinungsroboter seien neben Hass und Fake News eine Gefahr für die Demokratie.

Hier lasse ich Ihnen mal fünf Minuten um herzlich zu lachen. ...

Ein Verbot von Social Bots, die von Hr. Özdemir als Meinungsroboter bezeichnet werden, ist genauso sinnvoll und wirkungsvoll wie das Verbot von Spam-Mails. Ja, die sind seit 2004 in Deutschland verboten. Auch am Beispiel Facebook und Correctiv, ist zu sehen, wie die Zensur sich in unserer Medienlandschaft breit macht. Wir setzen halt lieber

auf Angst, Verbote und Zensur, statt auf die Förderung von Medienkompetenzen. Warum auch.

Eine Studie besagt, dass gerade mal 14% aller Jugendlichen, welche Facebook und Twitter nutzen, nicht zwischen einer Nachricht und einer Werbebotschaft unterscheiden können. Also kein Grund zur Sorge. Letztendlich werden wir uns an Fake News gewöhnen müssen und wieder lernen selber abzuwägen, zu argumentieren, zu vergleichen, uns Zeit zu nehmen statt sofort jeden Scheiß ungeprüft zu glauben und vor allem weiterzubreiten.

Dieser Artikel enthält 12,5% Fake News und ist zu 37%iger Wahrscheinlichkeit von einem Social Bot geschrieben worden.



Isabelle Groschke
Wurmlingen

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Abschiebestopp nach Afghanistan

Proteste in über zwanzig Städten

Abgeschoben: Jamshid Heydari, 28 Jahre alt aus Gröningen, seit sechs Jahren in Deutschland, keine Straftat. Seine Familie lebt im Iran und in Deutschland. Mit 20 Euro für Essen und Trinken wurde er Ende Januar in den Flieger nach Kabul gesetzt, wo er niemanden kennt und Angst vor IS und Taliban hat.

Abgeschoben: Hossam El-Sleiman, 30 Jahre alt aus Reutlingen. Seit 28 Jahren in Deutschland, als Speditionsfahrer und Fußballer bestens integriert, rettet einem Mitspieler das Leben. Zwei Fälle von vielen bei den Sammelabschiebungen bei Nacht und Nebel vor unseren Augen.

„Klima der Angst und Panik“

Nach Bekanntwerden der schwarz-roten Einigung auf schnellere Abschiebungen in so genannte 'sichere Herkunftsländer' demonstrierten am darauf folgenden Wochenende in über 20 deutschen Städten Tausende von Menschen. Allein in sieben Städten in Bayern wie in Nürnberg und Augsburg protestierten viele unter dem Slogan „Afghanistan ist kein sicheres Land“ für ein Bleiberecht. Sie kritisierten die CSU-Staatsregierung, weil diese ein „Klima der Angst und Panik“ verbreite. Viele junge Flüchtlinge trauen sich nicht mehr in die Berufsschule aus Angst, dort von der Polizei aufgegriffen zu werden. Denn inzwischen brauchen die Behörden Abschiebungen nicht mehr anzukündigen, wenn nach einem Ablehnungsbescheid die 'freiwillige' Ausreise nach 30 Tagen nicht selbstständig erfolgt: Abschiebung.

Inzwischen wächst allorten der Widerstand: Zu den Demonstrationen am Wochenende hatte ein Bündnis von 37 Verbänden aufgerufen. Sie fordern eine langfristige Perspektive für Afghanen. Denn die Sicherheitslage hat sich laut UN-Flüchtlingshilfswerk (Dezember 2016) drastisch verschlechtert. Von den über 11.400 getöteten oder verwundeten Zivilisten im letzten Jahr war jede vierte Person ein Kind oder Jugendlicher. Der UN-Bericht lehnt es für Afghanistan ab, „bestimmte Regionen als sichere und zumutbare Fluchialternativen anzusehen“. Anfang Februar wurden sechs Mitarbeiter des Internationalen Kom-

tees vom Roten Kreuz ermordet. Bei der Einschätzung der Gefahrenlage versteckt sich Innenminister Thomas de Maizière hinter obskuren „Erfahrungswerten eingesetzter Einsatzkräfte“. Das Bündnis fordert ihn dringend zu einer Neubewertung der Sicherheitslage auf. Solange wollen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen sich nicht an den Sammelabschiebungen beteiligen. Daraufhin droht ihnen CDU-Rechtsaußen Thomas Strobl (Baden-Württemberg) offen: „Wenn einzelne Bundesländer sehenden Auges Recht brechen, muss man eine Kürzung der Bundeshilfen in Erwägung ziehen.“ So viel zu Strobls Demokratieverständnis. Allerdings weiß er seinen grünen Ministerpräsidenten Kretschmann hinter sich. Der versteckt sich feige hinter der Lageeinschätzung, für die Berlin zuständig ist. Im Februar hat die grün-schwarze Landesregierung

**Flüchtlingen helfen.
Kriege beenden.
Rassisten stoppen.
DIE LINKE.**

innerhalb von 11 Tagen allein 86 Kinder unter 14 Jahren und 164 Personen über 14 Jahren auf den Balkan abgeschoben.

Das Märchen von der Einzelfallprüfung

Der CDU-Bürgermeister Leonhard Helm (Königstein/Taunus) empört sich über de Maizières Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMF): Die Familie Kapoor mit ihren beiden Söhnen (14 und 18 Jahre alt) soll nach vier Jahren sofort nach Afghanistan abgeschoben werden. Helm sieht in der Familie „ein gelungenes Beispiel für Integration“, die Eltern arbeiten und zahlen Steuern, die Söhne sind in der Realschule erfolgreich. Sie sind vor religiöser und politischer Verfolgung geflohen. Seit 2015 fordert die städtische Fachdienstleiterin Auskünfte vom BAMF, wann die Familie angehört wird – nie erhält sie Auskunft. Jetzt die Abschiebeandrohung. Der

CDU-Bürgermeister organisiert jetzt eine Petition für die Familie. Daran wird deutlich, die „Einzelfallprüfung“ ist ein billiges Placebo, um den Widerstand der vielen Engagierten gegen diese unmenschliche Asylpolitik von Schwarz-Rot-Grün zu brechen.

Die Absichten der verschärften Abschiebungen

Natürlich geht es bei den neuen Abschieberegeln darum, der AFD Wähler auf Kosten der Geflüchteten abzuja-gen. Dabei wird unser Grundrecht auf individuelles Asyl systematisch ausgehöhlt. Oppermann (SPD) will sogar Internierungslager in Nordafrika einrichten. Merkel will mit dem nicht-existent Staat Libyen ein Rückkehrabkommen aushandeln – ein weiteres Windei, um die tatsächlichen Fluchtursachen zu verdrängen.

Merkwürdig ist: Die neuen Maßnahmen richten sich aber häufig nicht gegen neue Geflüchtete, sondern gegen Personen, die seit Jahren hier arbeiten und leben. Es werden Menschen mit Erfahrung für Integration abgeschoben, die den Neankömmlingen Hilfe leisten könnten. Diese 'Mittler' könnten entscheidend sein, wie man sein Leben hier meistert, welche Ausbildung man braucht. Sie könnten ermutigen bei Anfangsproblemen. Genau das will das BAMF verhindern. Das sah man schon Anfang 2015, wo der Innenminister Monate brauchte, um überhaupt Stellen zu besetzen, um den Antragsberg abzuarbeiten.

Dritte Absicht von Schwarz-Rot ist: Die Entmutigung der größten Bürgerrechtsbewegung seit den 90er Jahren, die sich seit dem Sommer 2015 bei uns entwickelt hat. Überwältigend ist die Zahl der Ehrenamtlichen, ihr zeitaufwändiges Helfen in den Erstaufnahmelagern wie in Ergenzingen, ihre kostenlose Hilfsbereitschaft, ihr Kampf gegen den Hass von Rechtsradikalen.

Das alles ist der Kontrolle der 'Oberen' entglitten und muss jetzt beendet werden: Abschiebepolitik statt Willkommenskultur. Dieser Kehrtwende wird sich DIE LINKE mit Tausenden engagierten Helfern entgegenstellen!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Demokratie täglich verteidigen

Im Gedenken an Eugen Bolz

Gut gefüllt mit zahlreichen Jugendlichen war die Rottenburger Zehntscheuer bei der Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag der Ermordung von Eugen Bolz durch die Nazis. Prominenter Redner war der ehemalige Leiter des Zentrums für Antisemitismus-Forschung der TU Berlin Wolfgang Benz. Er zeigte die Parallelen zwischen dem dumpfen Rechtspopulismus der AFD und dem Rechtsextremismus in der Weimarer Zeit auf und rief alle Anwesenden zum Widerstand auf. Denn Demokratie und Aufklärung sind Ziele, die täglich neu und aktiv verteidigt werden müssen. Dazu will DIE LINKE Rottenburg gern beitragen.

„Erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (Björn Höcke, AFD)

Kürzlich hat Björn Höcke in Dresden auf Einladung der „Jungen Alternativen“, der Jugendorganisation der AFD, eine Grundsatzrede zur beabsichtigten „Umerziehung“ der deutschen Bevölkerung durch die AFD gehalten. Die Handvoll Jung-Rechter inmitten der Altmänner-Riege lauschte ergeben Ex-Geschichtslehrer Höckes Worten:

„Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

Höcke meinte damit nicht etwa den millionenfachen Mord an Juden, sondern das Denkmal in Berlin-Mitte. Er nannte Richard von Weizsäcker sowie Roman Herzog Betrüger, die „unser gutmütiges Volk heimtückisch hinter das Licht geführt“ haben. Denn Bundespräsident Weizsäcker hatte den 8. Mai, die Kapitulation Hitler-Deutschlands am Ende des 2. Weltkriegs, als „Tag der Befreiung“ vom Faschismus bezeichnet. So, wie alle europäischen Völker diesen Tag feiern. Konsequenz ist nur, dass Höcke die Entnazifizierung durch die Alliierten nach 1945 frontal angreift, weil diese die „Wurzeln“ des rechtsextremen Tausendjährigen Reichs beseitigt habe:

„Man wollte unsere Wurzeln roden.

Und zusammen mit der dann nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung hat man das dann auch fast geschafft.“

Dagegen setzt Höcke: „Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“

Er behauptet, dass das Gedenken an die Nazi-Verbrechen „die deutsche Geschichte mies und lächerlich gemacht“ hätte und fordert einen Unterricht

über die großen Wohltäter, die bekannten, weltbewegenden Philosophen, die Musiker, die genialen Entdecker und Erfinder „von denen wir ja so viele haben, ... vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt“.

Hoffentlich bezeichnet niemand Höcke als Göbbels des 21. Jahrhunderts – er könnte das als Kompliment auffassen.

Meuthens Stuttgarter Haushaltsanträge

Bisher hatte AFD-Vize Jörg Meuthen immer die Rolle des spießbürgerlichen Biedermanns bei rechtsradikalen 'Ausrutschern' gespielt. Jetzt brachte er in den Stuttgarter Landtag zwei Anträge im Sinne Höckes ein.

Ein Antrag fordert, sämtliche Gelder für die NS-Gedenkstätte in Gurs (Frankreich) zu streichen. Dorthin waren von den übereifrigen Gauleitern Wagner und Bürckel am 22. Oktober 1940 über 5.600 Badener jüdischen Glaubens (unter ihnen Hannah Arendt) deportiert worden. Mit dieser ersten Massendeportation wollten sie ihre Verwaltungsbezirke in Nazi-Deutschland „judenfrei“ machen. Die Erinnerung an diese Verbrechen will Meuthen auslöschen!

Nichts anderes beabsichtigt auch der zweite Antrag, die Zuschüsse für Fahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts „umzuwidmen“ in Fahrten zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“ (SWP, 21.1.2017).

Schon einmal in der deutschen Geschichte haben Nazis versucht, Identität von Deutschen jüdischen Glaubens und das Andenken an sie zu vernichten, indem sie den Deportierten in KZs ihren Namen stahlen und sie zu einer



Eugen Bolz
Denkmal von Ralf Ehmann

Nummer herabwürdigten. Nichts anderes beabsichtigten Höckes 'erinnerungspolitische Wende' und Meuthens 'Umwidmung' der Erinnerungsfahrten!

Entwicklung braucht Austausch

Können Sie sich ein Leben ohne Antibiotika, ohne Erforschung des Weltraums, ohne Forschung für bessere Lebensmittel vorstellen? Wesentliche Grundlagen unserer heutigen Kultur und Lebensweise haben arabische Muslime im Mittelalter nach Europa gebracht - ohne sie hätten wir keine Mathematik, Medizin, Architektur und Astronomie. Ohne wissenschaftlichen, kulturellen und künstlerischen Austausch, ohne gegenseitigen Respekt verschiedener Kulturen und Religionen wären wir heute wesentlich ärmer.

Frischen wir die Erinnerung von Herrn Höcke für seine 'Wende' etwas auf mit den Namen großer Wohltäter, Entdecker und Erfinder in Deutschland. Man braucht sich nur die Liste der deutschen Nobelpreisträger anzuschauen, als da im Fach Chemie wären: Adolph von Baeyer, Otto Wallach, Richard Willstätter (Entdecker der Chlorophylls), Fritz Haber (Ammoniak), Max Ferdinand Perutz, im Fach Medizin: Paul Ehrlich, Otto Meyerhof, Otto Warburg, Otto Loewi, Ernst Boris Chain (Penizillin), Hans Krebs, Konrad Bloch, Bernard Katz, im Fach Physik: Albert Einstein, James Franck, Gustav Hertz, Max Born. Hinzu kommen noch zahlreiche Entdecker und Forscher ohne diesen höchsten internationalen Preis.

Alle diese berühmten Deutschen sind Menschen jüdischen Glaubens, von denen die Nazis viele ermordet oder ins Ausland verjagt haben. Erst wird das Andenken ausgelöscht – dann die Menschen:

Wehret den Anfängen und ihren geistigen Brandstiftern!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

DIE LINKE stärken – Mitglied werden!

In den letzten Jahren ist *DIE LINKE* in Rottenburg zu einem wichtigen politischen Faktor geworden, innerhalb und außerhalb des Gemeinderats.

Das zeigt nicht nur die Verdoppelung des Wahlergebnisses (Stimmen und Sitze) bei der letzten Kommunalwahl und die Gründung einer aktiven Linksjugend Rottenburg. Das belegen auch viele positive Veränderungen in unserer Stadt, die ***DIE LINKE*** mit angestoßen hat: Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft mit Verpflichtung zum preiswerten Mietwohnungsbau, die Unterbringung und Integration vieler Geflüchteter, die Verbesserung des Busverkehrs, die geplante Einführung eines Sozialtickets, Fortschritte bei der Barrierefreiheit und die Bildung eines Integrations-

beirats. Trotzdem verschärft sich die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft, die Kinderarmut verfestigt sich, der Mindestlohn ist ungenügend und löchrig wie ein Schweizer Käse, die Altersarmut wird für viele immer greifbarer – gleichzeitig nimmt der Reichtum einiger Raffkes immer obszönere Ausmaße an und gefährdet unsere gesellschaftliche Entwicklung und die Demokratie. Dies ist der Nährboden für offen rechtsradikale Strömungen. Viele hielten sie noch bis vor kurzem bei uns für unmöglich. Wegducken und glauben, es würde sich alles wieder „einspielen“, ist eine gefährliche Illusion. Sozialer Zusammenhalt und Demokratie müssen aktiv und täglich neu erobert werden. Das gilt auch für Rottenburg, für die Beseiti-



gung von Niedriglöhnen, für mehr Beschäftigte in Kitas und Pflegeheimen, für die Beseitigung von Kinderarmut, für menschenwürdige Integration von Geflüchteten und für Menschenrechte.

Für Gemeinschaftsgefühl und Identifikation mit unserer Stadt fordern wir soziale Bürgertreffs.

DIE LINKE fordert : statt Hartz IV, Werkverträgen und Hungerlöhnen einen Mindestlohn von 12 Euro; eine sanktionsfrei Grundsicherung und ein Leben in Würde; die Beseitigung von Kinder- und Altersarmut; das überzeugende Eintreten für Demokratie und Frieden.

Es ist Zeit, Mitglied zu werden und die großen Aufgaben gemeinsam anzupacken:

Je stärker *DIE LINKE*, desto sozialer unser Land!

Proteste und DIE LINKE Rottenburg wirken!

Barrierefreier Ehinger Platz

Beharrlichkeit zahlt sich aus: Seit dem Frühjahr hatte Dr. Peter (Die Linke) Ordnungsamt und OB Neher immer wieder darauf hingewiesen, dass am Ehinger Platz Autos links und rechts parken. So eng, dass zum Beispiel Menschen mit Elektro-Rollstuhl auf die Fahrbahn ausweichen müssen, damit sie über den Platz kommen. Teilweise parkten dort auf beiden Seiten 14 Fahrzeuge, so dass selbst Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr oder DRK nicht durchgekommen wären.

Da die Stadt nichts unternahm, stellte DIE LINKE einen Haushaltsantrag. Auf einmal ging alles schnell: Die Stadt sagte zu, bis zum Sommer 2017 die Situation so zu verändern, dass auf der linken Seite nicht mehr geparkt werden kann und der Platz barrierefrei wird.

Wohnungsbau auf DHL-Gelände kommt in Schwung

In seiner ersten Sitzung 2017 beschloss der Gemeinderat die Vergabe von zwei Teilstücken auf dem ehemaligen DHL-Gelände an den privaten Investor Firmengruppe Krause. Dieser sicherte zu, 53 Prozent seiner geplanten 85-90 Wohneinheiten für preiswerten Mietwohnungsbau vorzusehen. Die Sozialwohnungen sollen 45-85 Quadratmeter

groß sein und pro Quadratmeter ca. 6,50 Euro kosten. Durch einen Fahrstuhl werden sie barrierefrei erreichbar sein. Interessant ist, dass dieselbe Firmengruppe ursprünglich Hauptinvestor für Gewerbe auf dem DHL-Gelände war. Das scheint nun endgültig gescheitert zu sein und es wird Zeit, dass die Stadt für eine bessere, großzügige Planung das gesamte DHL-Gelände zum Wohngebiet macht – so wie es DIE LINKE seit langem fordert.

Resolution für ein Sozialticket im Kreistag

Im Dezember hatte DIE LINKE ein gebührenfreies Mobilitätsticket im Rottenburger Stadtverkehr für alle Hartz-IV-Bezieher gefordert. Diese Forderung griff die Stadtverwaltung jetzt auf und legte eine Resolution für ein Sozialticket auf Kreisebene vor. Grund: Obwohl es allein in Rottenburg rund 2.000 Berechtigte für 12 Freifahrtsscheine gab, nahmen nur 57 Personen das Angebot war. Denn erst mussten sie ins Bürgerbüro, dann zum Busunternehmen Groß und außerdem für die 12 Tickets ein genaues Datum angeben. Was für ein bürokratischer Irrsinn! DIE LINKE enthielt sich bei der Abstimmung, weil die Stadt von Hartz-IV-Beziehern und den Kindern jeweils 50 Prozent 'Eigenbeteiligung' fordert. Das ist angesichts der willkürlichen

Veränderung der Berechnungsgrundlagen bei Hartz IV ab dem 1. Januar völlig unsinnig: Erstens fordern viele Wohlfahrtsverbände für Kinder und Jugendliche die völlige Gebührenfreiheit im ÖPNV. Zweitens müssen die Regelsätze für Erwachsene mindestens von 409 auf 510 Euro angehoben werden, so wie es die alte Berechnung vorsieht!

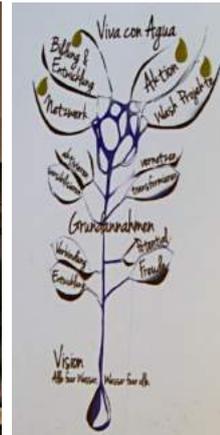
Erfolgreicher Protest: ÖPNV im Halbstundentakt fürs Kreuzerfeld

In zahlreichen Leserbriefen und Anrufen an die Stadtverwaltung hatten besonders die NeubürgerInnen im Kreuzerfeld-Süd immer wieder bessere Busverbindungen von der Gebhart-Müller-Straße an den Bahnhof und in die Stadt gefordert. Das hatten mehrere Fraktionen unterstützt. Jetzt legte der Nahverkehrsplaner Jaißle einen Taktfahrplan vor, der auch die Forstfachhochschule und den Schelmen berücksichtigt und für alle Verbesserungen bringt. Im Sommer werden die veränderten Buslinien ausgeschrieben und dann entschieden. Dies habe alles eine Anfrage der CDU „ins Rollen gebracht“, so CDU-Stadträtin Gabriele Hagner. Wenn das mal nicht in die Legendenbildung der äußerst dürftigen 'Halbzeitbilanz der Wahlperiode' dieser Partei (RoPo, 1.2.17) gehört!

(EP)



linksjugend
[solid] ↗

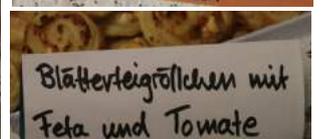
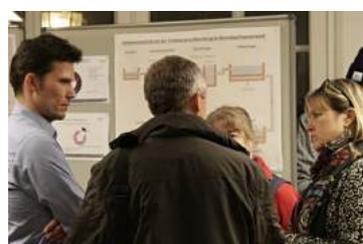


Sehr gut besucht war die Veranstaltung der **linksjugend rothenburg** im AWO-Heim. Sechzig Gäste interessierten sich für die Problematik „Wasser“. Florian moderierte die Veranstaltung und begrüßte **Martin Beer**, Leiter der Stadtwerke Rottenburg (SWR), die Vertreter von **Viva con Aqua** aus Tübingen und die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der **LINKEN Heike Hänsel**.

Martin Beer ging insbesondere auf die Bedeutung der 125jährigen Wasserversorgung in Rottenburg ein, Viva con Aqua und Heike Hänsel betonten das Recht auf Wasser für alle Menschen, das zunehmend von international agierenden Wasserkonzernen eingeschränkt wird. Die Forderung: **Das Recht auf Wasser muss ein verbindliches Menschenrecht werden.**

Mit langem Applaus dankte das Publikum für die Informationen und mit hübschen Blumensträußchen die linksjugend als Veranstalter. Regen Zuspruch fanden die Infotische mit reichlich Informationsmaterial und die Möglichkeit zum vertiefenden Gesprächen mit den Referenten und das kleine, schmackhafte kalte Buffet.

Die angebotene „Blindverkostung“ verschiedener Wässer durch die linksjugend hatte nicht geringe Irritationen zur Folge, denn die meisten Probanden gingen davon aus, das es für sie leicht sein würde, das „Leitungswasser“ der Rottenburger Stadtwerke von den (teuren) „Markenwässern“ unterscheiden zu können. Merkwürdig zweifelnde Gesichter zeigten, dass es nicht leicht war, den angeblichen „Qualitätsunterschied“ herauszuschmecken, wie er von den Anbietern der Markenwässer behauptet wird. Der Feststellung von Martin Beer (SWR), die er eingangs bezüglich der Qualität des Wasser der Stadtwerke formulierte, konnte nicht widersprochen werden. Vermutlich haben die Stadtwerke einige Wassertrinker mehr gewonnen.



Text/Fotos: N. Kern

Kürzt Grün-Schwarz in Stuttgart die Behindertenhilfe?

Am Dienstag hat der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats Rottenburg neun Mitglieder für den neu gebildeten Behindertenbeirat der Stadt aus den 26 Bewerbungen ausgewählt. Auf sie kommen viele Aufgaben und Probleme zu, weil die Landesregierung massiv die Mittel kürzen will, obwohl sie im letzten Jahr 3,15 Milliarden an Steuern mehr eingenommen hat als geplant!

Scharfe Kritik üben deshalb die Diakonischen Werke Baden und Württemberg an der Stuttgarter Landesregierung. Diese will die Behindertenbeihilfe von 8,4 Mio Euro (2016) um eine Million Euro kürzen, damit Finanzministerin Sitzmann ihre „Schwarze

Null“ halten kann. Die Diakonie wirft ihr vor, die gesetzlich verpflichtenden Ziele des Bundesteilhabegesetzes und der UN-Behindertenkonvention nicht zu erfüllen. Dabei hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege bereits 2012 Investitionen in Höhe von jährlich 110 Mio. Euro für notwendig gehalten. Dies würde ein jährliches Fördervolumen von mindestens 44 Mio. Euro ergeben.

Die 8,4 Mio. Euro des Landes für den Wohnbereich waren bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein und stehen im krassen Widerspruch zu den hehren Sonntagsreden der Landesregierung über die soziale Teilhabe von

Behinderten: „Die Diakonie appelliert deshalb an die Landesregierung, den Umbau der Behindertenhilfe und Psychiatrie mit verstärkter Kraft aktiv mitzugestalten, sich für landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse einzusetzen und die Zielsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention für alle Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung anzustreben.“

Offensichtlich ist der grün-schwarzen Landesregierung ein „ausgeglichener Haushalt“ als Selbstzweck wichtiger als eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Behinderten. Dies werden die Behinderten ihr nicht durchgehen lassen! (EP)

Rechte Schmierereien „verschönern“ Rottenburg

Vermehrt sind in Rottenburg Tags und Aufkleber an Laternenmasten rechter Gruppierung zu sehen. Große Beachtung von Polizei und Stadt bezüglich ihrer Entfernung aus dem öffentlichen Raum scheint nicht erkennbar.

Aufnahme des Zigarettenautomaten neben dem Restaurant „Amadeus“ gegenüber der Zehntscheuer vom 11. Februar 2017



NS ZONE

ADL

GANG

NATIONALER

SOZIALISMUS

JETZT

Kindergeldkürzung: Schäuble bricht EU-Recht!

„Gegen Sozial-Missbrauch – Schäuble kürzt Ausländern das Kindergeld“ (Bild, 9.2.1017). Mit dieser Schlagzeile hetzt der Springer-Konzern mal wieder gegen ausländische Arbeitnehmer in Deutschland. Finanzminister Wolfgang Schäuble, der Totalversager im Kampf gegen Steuerhinterzieher, lanciert eine Kampagne: Für EU-Arbeitnehmer, die in Deutschland arbeiten und hier Steuern und Sozialabgaben zahlen, will er das Kindergeld auf die Lebenshaltungskosten im Heimatland der Kinder kürzen, wenn diese nicht in Deutschland leben.

Wie üblich spielen Andrea Nahles und Sigmar Gabriel (beide SPD) für Schäubles Vorstoß die Begleitmusik: Sie erfinden 'alternative Fakten' von Schlepperbanden, die sie dann an EU-Bürger vermieten und von denen das Kindergeld kassieren.

In Wirklichkeit geht vor allem um etwa 185.000 Kinder aus Polen (87.000), Rumänien (15.000), Kroatien (12.000) und Bulgarien (5.600). Für polnische Kinder würde Schäubles Plan eine Kürzung von 192 auf 97 Euro ausmachen. Schäuble will dadurch etwa 159 Mio. Euro einsparen, verstößt aber gegen geltendes EU-Recht. Es schreibt vor, dass der Arbeitsplatz der Eltern für die Höhe des Kindergeldes maßgeblich ist und nicht der Wohnsitz des Kindes. „Wo man seine Steuern und Sozialbeiträge zahlt, sollte man genauso auch seine staatlichen Leistungen erhalten,“ kritisiert EU-Sozialkommissarin Thyssen Schäubles Willkür. Sie lehnt jegliche diesbezügliche Änderung des EU-Rechts ab. Denn es betrifft weniger als ein Prozent der Kindergeldzahlungen in der EU.

Wovon unterscheidet sich Schäubles Vorstoß noch von rechtsextremer Hetze gegen die angebliche Ausplünderung

der Sozialversicherung durch Ausländer? Schäubles Nähe dazu wird deutlich, wenn man weiß, dass er 2016 einen Haushaltsüberschuss von mehr als sechs Milliarden Euro „erwirtschaftet“ hat. Allein Baden-Württemberg hat im letzten Jahr das Zwanzigfache an Steuermehreinnahmen gehabt, als dieser angebliche „Sozialmissbrauch“ beim Kindergeld in der Kasse.

Um dieser primitiven Hetze von Rechts grundsätzlich einen Riegel vorzuschieben und die Lebensbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, brauchen wir eine europäische Sozialunion. Sie muss die UN-Sozialcharta verwirklichen, damit die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Kinder nicht länger gegeneinander ausgespielt werden können.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kindersoldaten im Einsatz

Staat und Rüstungswirtschaft sind mitverantwortlich

Nein! Kindersoldaten sind nicht die, die im Sandkasten Kriegerles spielen und mit sandgefüllten Förmchen werfen. Es sind 250.000 Kinder und Jugendliche, die in über 20 Ländern missbraucht werden, um Kriege zu führen und um zu töten.

Am 12.2. war weltweiter Aktionstag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten.

Warum Kinder als Soldaten?

Sie sind leichter manipulierbar, gehorsamer, abhängiger als Erwachsene und sie sind sich selten der Gefahr bewusst, in der sie sich befinden. Häufig werden sie deshalb als Minensucher eingesetzt. Zudem sind sie in den Augen der Vorgesetzten nicht so wertvolles „Kriegsmaterial“.

Womit kämpfen Kindersoldaten?

Ihre Waffen sind Pistolen, Maschinepistolen und Gewehre. Die Altersgrenze der „Soldaten“ nach unten wird nur dadurch eingeschränkt, dass sie in der Lage sein müssen, die Waffen halten zu können. Leichte und billige Kleinwaffen sind die ideale Ausrüstung für Kindersoldaten. Sie sind wortwörtlich „kinderleicht“ zu bedienen. Diese Kleinwaffen sind Massenvernichtungswaffen auch in den Händen von Kindersoldaten.

Woher kommen diese Kleinwaffen?

Deutschland gehört zu den größten Kleinwaffenexporteuren und führt hinter den USA den zweiten Rang an. 90 Prozent der in bewaffneten Konflikten und in Kriegen getötet Personen werden mit Kleinwaffen getötet.

Laut einer Umfrage von Emnid von 2016 sind 83 Prozent aller Deutschen grundsätzlich gegen deutsche Waffenexporte. Natürlich würde das Verbot deutscher Waffenexporte nicht dazu führen, dass keine Kindersoldaten mehr ausgerüstet werden können. Zu viele Kleinwaffen vagabundieren in aller Welt, aber zumindest wäre eine Aktualisierung der Waffenbestände erschwert. Zu viele machen gute Geschäfte.

Nach derzeitiger Rechtslage dürfen keine Waffen in sogenannte Spannungsgebiete exportiert werden. Aber klar muss sein, dass der Verbleib von exportierten Waffen nicht mehr kontrolliert werden kann. Verstärkt gilt das für Produktionslizenzen, die ins Aus-

Kindersoldaten sind „alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden (...), darunter Kinder, die als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler, Spione oder zu sexuellen Zwecken benutzt werden.“ Pariser Prinzipien, 2007

land vergeben werden, um dort Waffen herzustellen. Es ist deshalb nicht überraschend, dass in allen Kriegsgebieten

Länder, in denen Kinder als Soldaten in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden



mit deutschen Waffen getötet wird. Auch wenn die Waffen an EU-/NATO- und der NATO gleichgestellte Länder gehen, so schließt das nicht aus, dass über Umwege und dunkle Kanäle diese Waffen unkontrolliert in Konfliktgebiete gelangen. Nachdem der Endverbleib nicht kontrolliert werden kann, muss der Export von Waffen generell verboten werden. Das gleiche muss für Lizenzfertigungen gelten, denn sie ermöglichen noch weniger Kontrolle. Und das Exportverbot muss auch für Munition gelten.

Die Praxis der Waffenexportpolitik erleichtert die Verbreitung von Waffen. Seit 2002 wurden allein Kleinwaffenexporte in Höhe von 800 Mio. Euro genehmigt. Von einer Rüstungsexportbegrenzung kann nicht die Rede sein. 2016 stiegen die Genehmigungen für Kleinwaffen um 47 Prozent auf 47 Mio. Euro. Waffenexport ist ein lukratives Geschäft. Deutsche Firmen ver-

dienten 2016 6,88 Milliarden Euro. Wer gegen Waffenexporte argumentiert, sieht sich gleich mit zwei Gegenargumenten konfrontiert: Wenn wir nicht liefern, dann tun es die anderen. Und: Womit sollen die verlorenen Arbeitsplätze ersetzt werden? - Es zwingt sich die Gegenfrage auf: Was ist Ihnen wichtiger? Ist es der Profit der Rüstungsfirmen oder weniger Leid durch den Einsatz von Waffen?

So lange die Exporte nicht generell verboten werden, ist Deutschland mitverantwortlich für die Ausrüstung der Kindersoldaten und macht sich mit-schuldig an den Toten.

Die Folgen für die Kindersoldaten

Dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen, werden sie willenlos und verlieren an Selbstbe-

wusstsein. Sie stumpfen gegenüber Grausamkeiten ab und sie werden brutal und gewalttätig. Eine Rückkehr in ein normales Leben ist für die traumatisierten Kinder schwer möglich. Von den eigenen Angehörigen werden sie in vielen Fällen verstoßen. Viele von ihnen sind zu Krüppeln geworden.

Skrupellose Kriegsherren machen die Kinder zu Tätern und zu Opfern. Mit hehren Artikeln aus irgendwelchen UN-Papieren ist ihnen nicht beizukommen. Sie scheren sich nicht um Menschenrechtsverletzungen - genauso wie Waffenproduzenten und viele Staaten.



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Selbtherrliche Selbstbedienung Haben die Landtagsabgeordneten wirklich verstanden?

Es ist legitim fürs Alter vorzusorgen, um der Altersarmut zu entgehen. Das gilt auch für Landtagsabgeordnete, nur dass für sie das Problem von Altersarmut eher nicht besteht.

Seit 2011 mussten die Abgeordneten selbst für das Alter Vorsorge treffen. Ausgeglichen wurde die Eigenvorsorge durch eine Erhöhung der Diäten um 30 Prozent. Derzeit erhält ein Landtagsabgeordneter 7616 Euro. Für die private Altersvorsorge wurden ihm 1679 Euro angewiesen. Jetzt mussten sie erkennen, dass die Vorsorge fürs Alter kein so einfaches Unterfangen ist und zu wenig einbringt. Sie unterscheiden sich mit dieser Erkenntnis von nicht wenigen Bürgern. Hinzu kommt, dass es noch ältere Abgeordnete gibt, die Anspruch auf eine staatliche Rente haben. Was tun?

Wahrscheinlich haben sich die Abgeordneten an die Haushaltskasse erinnert, in der ein Steuerüberschuss von 20 Milliarden Euro wartet, um eingesetzt zu werden. Sie gingen sicher davon aus, dass sich ein Teil des Geldes in ihren Taschen sehr wohl fühlen würde und sich damit - unter Beibehaltung aller Ansprüche - ihre Altersrente finanzieren ließe. Gedacht, getan. Die Pensionen sollten wieder, wie früher,

aus der Staatskasse beglichen werden. Die damalige Diätenerhöhung sollte ihnen bleiben.



in einer Nacht und Nebelaktion innerhalb einer Woche durchgepeitscht werden soll?

Eine Woche später - nach wütenden Reaktionen bei Mitgliedern aller Parteien und in der Öffentlichkeit - wurde das Vorhaben gestoppt. Die fern ihren Wählern im Stuttgarter Talkessel residierenden Volksvertreter gingen wohl davon aus, dass der Feinstaub keine zu scharfen Blick auf ihr Treiben erlauben wird. Eine unabhängige (!) Expertenkommission soll nun Ratschlag geben, wie weiterhin zu verfahren ist.

Die „Nebenabsprachen“ bezüglich der Verdoppelung der Mitarbeiterpauschale von 5400 Euro und die Erhöhung der steuerfreien Pauschale für die Abgeordneten bleiben erhalten. Wir dürfen aufatmen, trotz Feinstaubalarm. Ganz so leer gehen die Abgeordneten doch nicht aus.

Schulterzuckend stellten die Volksvertreter fest, dass ihr Entscheidung derzeit „nicht verkäuflich“ und schwer zu vermitteln ist. Bleibt nur zu hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben wird.

Übrigens wurde die Rückkehr zu einer schon einmal praktizierten Regelung als Reform verkauft. Als Reform der Reform. Spitze! Hat so etwas von Marketinglüge. Nun wundern die Politiker sich wieder, warum sie weiter an Vertrauen und Ansehen verlieren.

Der Abbruch des Vorhabens ist nicht der Einsicht der Politiker zu verdanken. Es war eher der „Druck der Straße“. Besonders erobert zeigten sich Landesbeschäftigte bei einer Demo in Tübingen, um für höhere Löhne zu kämpfen. Sie konnten keinerlei Verständnis für das Verhalten der Landtagsabgeordneten aufbringen und sprachen von Selbstbedienung.

Nicht Schuldgefühle oder Einsicht ließen die Parlamentarier von ihrem Vorhaben abrücken. Sie haben wieder bewiesen, wie abgehoben diese Politiker doch sind und wie kaltschnäuzig sie ihre Interessen durchzusetzen beabsichtigen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 18. Februar 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 22. Februar 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 25. März 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 29. März 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: Freitag, 17. März 2017

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49